

Regierungsratsbeschluss

vom 21. August 2018

Nr. 2018/1312

KR.Nr. I 0085/2018 (STK)

Interpellation Jonas Hufschmid (CVP, Olten): Politische Bildung und Partizipation von jungen Erwachsenen Stellungnahme des Regierungsrates

1. Interpellationstext

In vielen Gemeinden wird die Besetzung von Ämtern immer schwieriger und gleichzeitig hört man überall von der Politikverdrossenheit der jungen Erwachsenen (bis 35 Jahre). Beides gefährdet elementare Grundwerte, die unser Land einzigartig und erfolgreich machen. Die Bevölkerung ist in der Schweiz durch die direkte Demokratie besonders stark eingebunden in die politischen Prozesse. Die starke Einbindung garantiert eine ausgesprochene politische Stabilität, was einer der grössten Standortfaktoren darstellt.

Damit diese Stärken weiterhin Gültigkeit haben, muss zwingend die politische Bildung ausreichend sein. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die politische Bildung nicht nur auf Bundesebene, sondern eben auch kantonal und kommunal zu fördern ist. Neben der politischen Bildung ist auch die Partizipation, insbesondere der Altersgruppe bis 35 Jahre zu fördern. Insbesondere auf Gemeindeebene, der ersten und nächsten politischen Anlaufstelle, ist hierbei am meisten Potenzial und auch Notwendigkeit zu verorten. Schliesslich bilden alle Stimmberechtigten auf kommunaler Ebene (in der ordentlichen Gemeindeorganisation) die Gemeindeversammlung (Legislative).

In diesem Zusammenhang verlangen die Interpellanten Antworten zu folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation zur politischen Bildung im Kanton Solothurn?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation bezüglich politischer Einbindung der bis 35-Jährigen? Auf kantonomer Ebene wie auf kommunaler?
3. Welche Empfehlungen werden diesbezüglich den Gemeinden gemacht (insbesondere zur Förderung des Besuchs von Gemeindeversammlungen und der politischen Einbindung von bis 35-Jährigen)?
4. Könnte sich der Regierungsrat ein Förderprogramm ähnlich des Solothurner Jugendparlaments auf Gemeindeebene vorstellen? Würde der Regierungsrat ein solches Programm auch finanziell unterstützen?
5. Welche Haltung hat der Regierungsrat bezüglich einer Abstimmungshilfe (z. B. easyvote) bei kantonalen und nationalen Vorlagen für junge Erwachsene? Wäre er bereit, sich an einer Finanzierung dafür zu beteiligen?
6. Welche Haltung hat der Regierungsrat bezüglich Stimm- und Wahlrechtsalter 16? Wäre es für den Regierungsrat denkbar, den Gemeinden Spielraum für eine entsprechende kommunale Anpassung zu geben?

7. Wie steht der Regierungsrat zur Idee, den Besuch einer Gemeindeversammlung als (einmalige) Pflicht für alle Jung- und Neubürger vorzusehen?
8. Wo und wie sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, um die politische Bildung möglichst kostenneutral zu fördern?
9. Wo und wie sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, um die Anreize für die Teilnahme an Gemeindeversammlungen zu stärken und die bis 35-Jährigen vermehrt politisch einbinden zu können?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Die Themen politische Bildung und politische Partizipation von jungen Erwachsenen sind nicht neu. Insbesondere die Stimm- und Wahlbeteiligung wird regelmässig in den Medien und auf politischer Ebene diskutiert. 1978 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag «Massnahmen zur Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz» vorzuschlagen eingesetzt. Für die Arbeitsgruppe standen damals folgende drei Massnahmen im Vordergrund¹⁾:

- Verbesserung des staatsbürgerlichen Unterrichts:
«Der junge Bürger sollte durch den staatsbürgerlichen Unterricht befähigt werden, seine Rolle in unserer direkten Demokratie zu erkennen und auszuüben bzw. die Folgen der Nichtausübung klar vor Augen zu sehen. Die Arbeitsgruppe ist überzeugt, dass nur mit einer Verbesserung (Vertiefung, vermehrte Praxisbezogenheit) des staatsbürgerlichen Unterrichts, längerfristig gesehen, eine wesentliche Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung erzielt werden kann.»
- Verbesserung der politischen Grundlageninformation:
«Es geht nicht um eine Verlängerung des staatsbürgerlichen Unterrichts durch die Medien. Vielmehr handelt es sich darum, dass Behörden, Parlament und Parteien mit Hilfe der Medien jene Informationsbasis aufbauen, die dem Bürger in einfacher, verständlicher Form Übersicht über das politische Umfeld vermittelt, damit die aktuelle politische Information auf fruchtbaren Boden fällt.»
- Technische Erleichterungen der Stimmabgabe:
«Wenn auf allen Ebenen unserer Demokratie durchwegs die briefliche Stimmabgabe ermöglicht und zudem die Stellvertretung durch Familienangehörige erlaubt wird, kann davon eine spürbare Wirkung erwartet werden.»

Die vorgeschlagenen Massnahmen haben trotz der vergangenen 40 Jahre im Grundsatz wenig an Aktualität eingebüsst.

Generell wäre eine höhere politische Partizipation von jungen Erwachsenen, aber auch von allen anderen Altersgruppen, wünschenswert. Historisch gesehen hat die Stimmbeteiligung seit

¹⁾ Massnahmen zur Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz; Schlussbericht der Arbeitsgruppe Stimm- und Wahlabstinenz vom 18. Dezember 1978.

1900 laufend abgenommen. Zwischen 1879-1914 lag die durchschnittliche Stimmbeteiligung schweizweit aller 53 eidgenössischer Volksabstimmungen bei 57%. Anschliessend sank sie ab den 1950er Jahre auf unter 50%. Umstrittene Themen wie die Ausländer-, Finanz-, Wohn-, Gesundheits-, Verkehrs-, und Umweltpolitik sowie v.a. emotional aufgeladene Fragen zur Militär-, Aussen- und Europapolitik trieben die Stimmbeteiligung bei einzelnen Abstimmungssonntagen in die Höhe. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Stimmbeteiligung in Zeiten von Krisen anstieg und in Perioden des Aufschwungs wieder absank. Veränderte Lebensgewohnheiten, ein stärkerer Individualismus und die zunehmende Komplexität vieler Sachfragen kommen als neue Ursachen des Rückgangs der Stimmbeteiligung in Betracht.¹⁾

Die tiefe Stimmbeteiligung junger Erwachsener wurde insbesondere nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 u.a. über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» intensiv diskutiert. Nach dieser Abstimmung wurden in den Medien Titel wie beispielsweise «Der stimmungsfaulen Jugend auf der Spur», «Die Gründe für den Politikverdruss der Jungen» oder «Wie sich eine Generation aus der Demokratie verabschiedet» gedruckt. Die Analyse des Stimmverhaltens zur Masseneinwanderungsinitiative hat aufgezeigt, wie das knappe Ja zustande kam. Auffallend war die Beteiligung der jüngsten Altersgruppe: Die 18- bis 29-Jährigen verwarfen die Initiative mit 58 Prozent Nein-Stimmen am deutlichsten, blieben im Vergleich zu älteren Stimmbürgern der Urne aber am häufigsten fern. Nur gerade 17 Prozent gaben ihre Stimme ab. Gemeinsam war allen Berichterstattungen zur Abstimmung vom 9. Februar 2014 die Sorge um das geringe Interesse der Jugend an der Politik und die Ratlosigkeit bei Problemlösungen.

Betreffend passivem Wahlrecht wird es nicht nur in der Politik immer schwieriger genügend Personen aller Altersgruppen zur Besetzung der Ämter zu finden. Auch in diversen Bereichen der Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände) finden sich immer weniger Personen, die sich ehrenamtlich für die Gesellschaft einsetzen. Regelmässig wird festgestellt, dass unser Milizsystem an seine Grenzen stösst.

Die Zeitschrift Schweizer Gemeinde²⁾ hat die Milizpolitik zum Fokus-Thema der Ausgabe vom September 2017 gemacht. Nebst Trends in den Schweizer Gemeinden zur Milizpolitik ist auch die Rekrutierung von jungen Gemeinderäten Thema der Ausgabe³⁾. Im Artikel wird festgestellt, dass sich nur wenige wissenschaftliche Studien finden lassen, die das politische Engagement von jungen Erwachsenen untersuchen, schon gar nicht mit Schwerpunkt Gemeindeexekutive. Aus diesem Grund beruhen Erklärungsversuche in erster Linie aus Erfahrungen und Gesprächen mit Betroffenen. Eine erste Pilot-Befragung der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur untersuchte den Bedarf nach einer Reformation der Ämter der Gemeindeexekutive. Die Ergebnisse aus der Pilotbefragung zeigten, dass junge Erwachsene einen Bedarf sehen, öffentliche Ehren- und Nebenämter umzugestalten. Sie favorisieren Ansätze zur Aufwandreduktion und wünschen eine höhere Wertschätzung. Weiter hat die Befragung einen Hinweis auf ein wesentliches Problem in der Mobilisierung von potenziellen Amtsträgern ergeben: Junge Erwachsene unter 35 Jahren werden signifikant seltener für politische Ämter angefragt. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung für das Besetzen von politischen Ämtern. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Eine Ursache könnte sein, dass zum einen den jungen Erwachsenen die anspruchsvolle Aufgabe in einem Gemeinderat nicht zugetraut wird. Möglicherweise ist aber auch unbekannt, wer sich aus der Gruppe der jungen Erwachsenen für offene Ämter interessiert und geeignet sein könnte. Das Schweizer Milizsystem in der heutigen Form zwingt die Gemeinden und Kantone über kurz oder lang, Reformvorschläge und neue Instrumente der Personalrekrutierung zu entwickeln. Solche Lösungsansätze setzen wissenschaftliche Grundlagen voraus. Zur Zeit läuft das Projekt Promo 35⁴⁾: Förderung des politischen Engagements von unter 35-Jährigen in der Gemeindeexekutive der HTW Chur. Ziel des Projektes ist es, Instrumente zur politischen Nachwuchsförderung in der Gemeindeexekutive zu entwickeln. Die Gemeinden sollen in ihrer Perso-

¹⁾ Historisches Lexikon der Schweiz; Band 12, S. 9 ff.; Stimm- und Wahlbeteiligung.

²⁾ Zeitschrift für Gemeinden und Gemeindepersonal des schweizerischen Gemeindeverbandes.

³⁾ Prof. Dr. Curdin Derungs / Dario Wellinger, Schweizer Gemeinde, 9/2017, S. 70 f.

⁴⁾ www.promo35.ch.

nalsuche unterstützt werden, Verbesserungsmöglichkeiten erkennen und umsetzen können. Dadurch soll der Anteil der jungen Erwachsenen in den Gemeindeexekutiven erhöht und die Nachfolge erleichtert werden. Das Projekt will letztlich einen Beitrag zu einem starken Milizsystem in den Schweizer Gemeinden leisten.

3.2 Zu den Fragen

3.2.1 Zu Frage 1:

Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation zur politischen Bildung im Kanton Solothurn?

3.2.1.1 Politische Bildung und Partizipation Volksschule

Das Ziel der politischen Bildung ist die Förderung des Verständnisses von Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform, die unseren Alltag prägt und an der partizipiert werden kann. Ein Teilbereich der politischen Bildung ist der Staatskundeunterricht, in dem Kenntnisse über unsere politischen Institutionen vermittelt werden, ein anderer Teil ist die Partizipation. An der Volksschule wird beides praktiziert. Mitdenken, Mitbestimmen und Sich-Einbringen wird bereits in der Primarstufe eingeführt. In der Sekundarschule kommt inhaltlich die Staatskunde dazu, in der Kenntnisse über die politischen Institutionen und Prozesse vermittelt werden. Im Lehrplan 21 ist die politische Bildung explizit ausgewiesen.

3.2.1.2 Politische Bildung und Partizipation Sekundarstufe II

Es kann insgesamt und positiv festgehalten werden, dass das Ziel der politischen Bildung mehrfach und explizit in den Lehrplänen (Gymnasium, Allgemeinbildender Unterricht [ABU]) verankert ist und dabei auch eine mehrdimensionale Herangehensweise verfolgt wird – das heisst, dass politische Bildung über die reine Wissensvermittlung hinaus konzipiert wird.

Im gymnasialen Lehrplan ist im Fach Geschichte das Unterrichtsgebiet «politische Bildung» eigenständig verankert. In anderen Fächern wie etwa Geografie fliesst politische Bildung in mehreren Teilgebieten ein (u.a. Siedlungspolitik/Raumplanung, Ökologie), Wirtschaft und Recht (Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik, juristische Fragestellungen), Physik (Energiepolitik). In der Berufsbildung ist die politische Bildung (Staat und Politik) im Rahmen der eidgenössisch vorgegebenen Lektionen gut verankert sowohl im kantonalen ABU-Lehrplan wie auch im Lehrplan der Berufsmaturität (u.a. Themen Konsum und Geld, Globale Herausforderungen).

Wichtige Elemente der politischen Partizipation bilden an allen vier Schulzentren (Kantonsschule Solothurn, Kantonsschule Olten, Berufsbildungszentrum Solothurn-Grenchen, Berufsbildungszentrum Olten) regelmässige, von der Schule organisierte Anlässe wie Podiumsveranstaltungen vor Abstimmungen und Wahlen, Teilnahme an Jugendpolittagen, Polittalks mit lokalen Volksvertretern oder Exkursionen zu den Sessionen auf Kantons- und Bundesebene. An den Kantonsschulen bildet ein Schülerrat oder ein Schülerparlament nicht nur die Möglichkeit zur Pflege interner Belange, sondern ebenso zur Beteiligung an lokalen, regionalen und nationalen Aktivitäten. Die Arbeitsgruppe Staatskunde am BBZ Olten organisiert jedes Jahr mehrere Anlässe, bei denen sich Lernende mit verschiedensten politischen Themen auseinandersetzen können¹⁾. Seit mehreren Jahren wird an den kantonalen Schulen auch punktuell die easyvote-Broschüre abgegeben resp. an easyvote-Umfragen teilgenommen. Zudem gibt es eine Reihe von politischen Partizipationsformen ausserhalb des institutionalisierten Rahmens, die ebenso darauf abzielen, politisches Interesse zu wecken, Überzeugungen kundzutun und letztlich auch politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dazu gehören etwa Themen wie der ethische Konsum, das ökologische Verhalten oder die Teilnahme an Smartmobs.

¹⁾ vgl. BBZ-Magazin, Januar 2018, S.13.

3.2.1.3 Möglichkeiten von politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen im ausser-schulischen Bereich

Im Kanton Solothurn bestehen verschiedene Möglichkeiten der Partizipation von Jugendlichen und Kindern. An Minderjährige richten sich folgende Projekte:

Gemeinden

- Jugend Mit Wirkung (seit 1998)
Aktuell bieten 17 Gemeinden des Kantons dieses Angebot an.
- Kinder Mit Wirkung (seit 2007)
Aktuell bietet eine Gemeinde des Kantons dieses Angebot an.

Kanton

- Jugendparlament (Angebot der Jugendförderung seit 2014)
- jährlicher Jugendpolititag (seit 2007)
- Jugendpolitisches Candellightdinner (ASJV, seit 1998)

Solche Formen der politischen Partizipation, verstanden als Handlung von Bürgerinnen und Bürgern mit dem Ziel, politische Entscheidungen mitzubestimmen und zu lenken, sind ein wesentlicher Bestandteil einer Demokratie. Sie haben wichtige Implikationen für die Repräsentativität und damit für die Legitimität politischer Entscheidungen. Die Teilhabe am politischen Geschehen setzt gleichzeitig ein gewisses Mass an Wissen und Kompetenzen voraus, welches unter anderem im Rahmen der politischeren Bildung erworben wird.

Das Amt für soziale Sicherheit (ASO) hat im Jahr 2017 eine Bestandesaufnahme der aktuellen Situation der Kinder- und Jugendangebote im Kanton Solothurn durchgeführt. Es wurden alle Gemeinden im Kanton befragt. Ziel der Bestandesaufnahme war es, die existierenden Angebote sowie die Situation der Gemeinden zu erfassen.

Die Bestandesaufnahme hat gezeigt, dass im ausserschulischen und politischen Bereich in den wenigsten Gemeinden eine institutionalisierte Form der Partizipation für Kinder und Jugendliche existiert. In diesem Bereich besteht für den Kanton Solothurn Entwicklungspotential.

Die Resultate der Bestandesaufnahme wurden analysiert und es wurde u.a. der folgende Handlungsbedarf bestimmt: Die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sollen in den Gemeinden gefördert und gestärkt werden. Mit dem Projekt "Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik – im Zusammenspiel zwischen Einwohnergemeinden und Kanton" sollen mit gezielten Massnahmen die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in den Gemeinden des Kantons Solothurn gefördert und ausgebaut werden. Dabei ist ein zentraler Aspekt der Umsetzung der Förderung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen die frühzeitige und proaktive Einbindung der Kinder und Jugendlichen auf allen Ebenen des Gemeindelebens. Dieses Projekt wird in enger und partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Gemeinden umgesetzt.

3.2.2 Zu Frage 2:

Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation bezüglich politischer Einbindung der bis 35-Jährigen? Auf kantonaler Ebene wie auf kommunaler?

Im Vergleich der Altersgruppen der Wohnbevölkerung des Kantons Solothurn mit den Altersgruppen im Kantonsrat¹⁾ sind die bis 35-Jährigen klar untervertreten. Die Altersgruppe der 18-35-Jährigen umfasst rund 21% der Wohnbevölkerung des Kantons Solothurn. Am 12. März 2017 wurden 10 Personen unter 35 Jahre in den Kantonsrat gewählt. Dies entspricht einem Anteil von

¹⁾ Stichtag Alter: 31. Dezember 2016; Kantonsratsmitglieder gewählt am 12. März 2017.

10% der Kantonsratsmitglieder. Von einer ausgewogenen Vertretung könnte man ab 20 Kantonsratsmitgliedern unter 35 Jahre sprechen. Im Gegensatz dazu sind die folgenden Altersgruppen ab 35 Jahren im Kantonsrat übervertreten (35-44 Jahre: 13% Wohnbevölkerung, 20% KR / 45-53 Jahre: 16% Wohnbevölkerung, 36% KR / 55-64 Jahre: 14% Wohnbevölkerung, 29% KR). Ab 65 Jahre kommt es wieder zu einer Untervertretung der Altersgruppen im Vergleich zur Wohnbevölkerung (65-74 Jahre: 10% Wohnbevölkerung, 5% KR / ab 75 Jahre: 9% Wohnbevölkerung, keine Vertretung im KR).

Auf kommunaler Ebene gibt es keine auf den Kanton Solothurn bezogene Statistik oder eine Liste mit Angaben zu allen Gemeinderäten des Kantons. 2011 wurde ein Bericht «Die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden, Ergebnisse einer Befragung» publiziert¹⁾. Im Bericht wird festgehalten, dass das Durchschnittsalter der Exekutivmitglieder Ende 2008 51 Jahre beträgt. Dabei zeigt die Tabelle, dass das durchschnittliche Alter der Exekutivmitglieder mit zunehmender Gemeindegrösse kontinuierlich ansteigt. Sind die Gemeinderäte in kleinen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner mit einem Altersdurchschnitt von weniger als 50 Jahren eindeutig am jüngsten, zählen die Stadträtinnen und Stadträte in den grossen Städten durchschnittlich über 55 Jahre. Anders als in den Städten sind in den Kleinstgemeinden die Jungen in der Gemeindepolitik durchaus präsent, wo jeder dritte Gemeinderat jünger als 35 Jahre ist. In den grossen Städten sind dagegen praktisch alle Stadträte zwischen 45 und 65 Jahre alt.

Das Alter der Exekutivmitglieder: nach Gemeindegrösse²⁾

	– 499	500 – 999	1000 – 1999	2000 – 4999	5000 – 9999	10000 – 19999	20000 – 49999	über 50000	Total	N=
Unter 35 Jahre	6.6	5.0	4.3	3.6	4.3	2.7	2.3	0.0	4.6	357
35 bis 44 Jahre	29.6	26.0	24.4	19.8	16.5	14.6	13.6	6.5	23.1	1803
45 bis 54 Jahre	35.3	40.1	42.1	41.6	42.7	37.3	43.2	38.7	40.1	3126
55 bis 64 Jahre	21.3	23.5	24.0	29.7	31.9	37.1	36.4	54.8	26.5	2068
Über 65 Jahre	7.2	5.4	5.2	5.3	4.6	8.3	4.5	0.0	5.7	446
Durchschnittsalter	50	50	51	52	52	54	53	55	51	7800

Zusammenfassend stellt der Bericht fest, dass die Gemeinderäte mit über 50 Jahren ein sehr hohes Durchschnittsalter aufweisen. Von einer Überalterung der Exekutiven kann dennoch nicht gesprochen werden, da der Anteil der Mitglieder, die sich schon im Pensionsalter befinden, überraschend klein ist. Zu denken gibt die tiefe Quote der jungen Amtsträger. Nicht einmal fünf Prozent aller Mitglieder sind weniger als 35 Jahre alt.

Wir würden es grundsätzlich begrüssen, wenn sich sowohl auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene mehr junge Erwachsene unter 35 Jahre in die politische Verantwortung einbinden liessen.

¹⁾ Hans Geser u.a., Die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden, Ergebnisse einer Befragung, Rüegger Verlag, Glarus/Chur 2011, ISBN: 978-3-7253-0943-6.

²⁾ Geser u.a., Die Exekutivmitglieder in den Schweizer Gemeinden, Seite 16.

Zu Frage 3:

Welche Empfehlungen werden diesbezüglich den Gemeinden gemacht (insbesondere zur Förderung des Besuchs von Gemeindeversammlungen und der politischen Einbindung von bis 35-Jährigen)?

Seitens des Kantons wurden bisher keine Empfehlungen gemacht.

3.2.2 Zu Frage 4:

Könnte sich der Regierungsrat ein Förderprogramm ähnlich des Solothurner Jugendparlaments auf Gemeindeebene vorstellen? Würde der Regierungsrat ein solches Programm auch finanziell unterstützen?

In erster Linie sind aufgrund der Gemeindeautonomie die Gemeinden für die Besetzung ihrer Ämter zuständig. Subsidiär könnten wir uns im Rahmen der Jugendförderung und analog zur Finanzierung des Jugendparlaments eine Förderung auf kommunaler Ebene grundsätzlich vorstellen, beispielsweise unter Einbezug der Jungparteien (siehe auch 3.2.1.3). Wie aus den Vorbemerkungen hervor geht, ist die mangelnde politische Einbindung von Personen unter 35 Jahren aber nicht auf den Kanton Solothurn begrenzt und es fehlt an wissenschaftlichen Studien. Aus Ressourcen-, Effizienz- und Kostengründen macht es unseres Erachtens wenig Sinn, die Problematik rein innerkantonale anzugehen. Gut vorstellen könnten wir uns beispielsweise die Prüfung der Rolle des Kantons gestützt auf allfällige zukünftige Empfehlungen aus dem Projekt Promo 35.

3.2.3 Zu Frage 5:

Welche Haltung hat der Regierungsrat bezüglich einer Abstimmungshilfe (z. B. easyvote) bei kantonalen und nationalen Vorlagen für junge Erwachsene? Wäre er bereit, sich an einer Finanzierung dafür zu beteiligen?

Dem Team vom easyvote werden jeweils die amtlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt und ihnen wird bei Fragen oder Unklarheiten weitergeholfen. Die Zusammenarbeit hat sich bewährt und es gab noch nie ein Problem mit den Erläuterungen von easyvote zu kantonalen Abstimmungen oder Wahlen. Wir begrüßen das Engagement von easyvote mit dem Ziel die Partizipation der jungen Erwachsenen langfristig zu fördern.

Generell erachten wir es als fraglich, ob es sinnvoll ist, bestimmte Alters- und Zielgruppen über spezielle Abstimmungshilfen einzeln anzusprechen. Behördliche Informationen sollten aus einer Hand (Urheber) einfach und verständlich die Stimmberechtigten erreichen. Aufgrund der verschiedenen Rollen und der dem Staat auferlegten Zurückhaltung bei der Behördenpropaganda erachten wir es als heikel, sich an nicht staatlichen Projekten ohne Einflussmöglichkeit finanziell zu beteiligen.

Aus unserer Sicht müsste es das Ziel sein, die offiziellen Abstimmungsinformationen so verständlich und attraktiv wie möglich zu gestalten. Zurzeit wird das Abstimmungsbüchlein des Bundes überarbeitet. Mit dem neuen Gestaltungskonzept soll die Leseführung verbessert und das Erscheinungsbild modernisiert werden. Neu werden alle «In Kürze» vorne in der Broschüre aufgeführt. Bei den kantonalen Abstimmungserläuterungen legen wir Wert darauf, dass die Texte so kurz und prägnant wie möglich geschrieben werden. Sie sollen in einfachen und kurzen Sätzen und möglichst ohne Fremd- und Fachwörter verfasst werden. Zudem unterteilen auch wir die Informationen in eine Kurzfassung und in die Erläuterungen.

Seit 2016 erstellt der Bund zudem zu jeder Vorlage ein Abstimmungsvideo «Das Wichtigste aus den Erläuterungen in Kürze». Die Vermittlung der Abstimmungserläuterungen durch verschiedene Medien kann helfen, einen grösseren Kreis an Stimmberechtigten zu erreichen und damit zur Stimmabgabe zu bewegen. Die Erstellung von Abstimmungsvideos benötigt Ressourcen und Kompetenzen. Mangels diesen war es bis jetzt kein Thema, solche Abstimmungsvideos auch für kantonale Vorlagen zu erstellen.

3.2.4 Zu Frage 6:

Welche Haltung hat der Regierungsrat bezüglich Stimm- und Wahlrechtsalter 16? Wäre es für den Regierungsrat denkbar, den Gemeinden Spielraum für eine entsprechende kommunale Anpassung zu geben?

Am 11. März 2008 hat sich der Kantonsrat letztmals mit der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre befasst und den Auftrag der Fraktion SP/Grüne: Aktives Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren als nicht erheblich erklärt. Er ist damit dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Der Auftrag hat die Senkung des aktiven wie auch des passiven Stimm- und Wahlrechtsalters auf kantonaler Ebene auf 16 Jahre verlangt.

Am 25. September 2005 hat die Solothurner Bevölkerung die Vorlage «Änderung der Kantonsverfassung: Ermächtigung der Kirchgemeinden, das Stimm- und Wahlrechtsalter fakultativ auf 16 Jahre zu senken» mit 55,9% Nein-Stimmen zu 44,1% Ja-Stimmen abgelehnt. Die Forderung kam damals von Seiten der Kirchgemeinden, welche vermehrt die Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf das Alter der «kirchlichen Mündigkeit» verlangten. Die Kirchgemeinden wollten so die Einbindung aller kirchlich mündigen Personen in die Verantwortung erreichen. Dabei sollte es den Kirchgemeinden freistehen, das Stimmrechtsalter mittels einer Revision der Kirchgemeindeordnung auf 16 Jahre zu senken oder bei 18 Jahren zu belassen.

Seit 2007 gab es keine Vorstösse oder Entscheide zum Thema Stimm- und Wahlrechtsalter im Kanton Solothurn mehr. Wir können uns vorstellen im Rahmen der Gemeindeautonomie die freiwillige Möglichkeit der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre auf kommunaler Ebene zu prüfen.

3.2.5 Zu Frage 7:

Wie steht der Regierungsrat zur Idee, den Besuch einer Gemeindeversammlung als (einmalige) Pflicht für alle Jung- und Neubürger vorzusehen?

Einen Zwang erachten wir als nicht zielführend. Ausserdem würden wir mit einer solchen Forderung in die Gemeindeautonomie eingreifen.

3.2.6 Zu Frage 8:

Wo und wie sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, um die politische Bildung möglichst kostenneutral zu fördern?

Schon heute unterstützen wir auf Anfrage die Schulen beim Staatskundeunterricht, indem wir den Schulen beispielsweise Material zu Wahlen zur Verfügung stellen oder Führungen im Rahmen des Staatskundeunterrichts im Rathaus anbieten. Bund, Kantone und Gemeinden betreiben diverse Informationsportale (ch.ch, Civicampus, Erklär mir das Parlament, Juniorparl). Die vom Bundesrat konzessionierte SRG SSR trägt mit ihren Sendungen (TV, Radio) zur politischen Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Über politische Rechte im Allgemeinen informiert "Der Bund kurz erklärt".

Zu Frage 9:

Wo und wie sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, um die Anreize für die Teilnahme an Gemeindeversammlungen zu stärken und die bis 35-Jährigen vermehrt politisch einbinden zu können?

In der Vergangenheit wurden junge Erwachsene in vielen Gemeinden über Vereine zur Teilnahme an Gemeindeversammlungen mobilisiert. Bei einzelnen Geschäften, die direkt einen Verein oder junge Erwachsene betreffen, wie beispielsweise der Bau oder die Sanierung einer Turnhalle, kann dies heute noch funktionieren. Die grosse Mehrheit der jungen Erwachsenen nimmt - wenn überhaupt - nur projektbezogen und nicht regelmässig an Gemeindeversammlungen teil.

Eine Möglichkeit sehen wir darin, junge Erwachsene seitens der Gemeinden direkt anzusprechen (Briefe, Umfragen, Anlässe) und Verantwortung anzubieten. Für viele ist die kommunale Politik schlicht zu weit weg und wenn jemand nicht über eine Partei einen Zugang zur kommunalen Politik findet, kommt er gar nicht auf die Idee, sich zu interessieren oder zu engagieren. Hinzu kommt, dass es immer mehr Personen gibt, welche zwar bereit wären ein Engagement zu erbringen, sich aber keiner Partei anschliessen wollen. Diese Personen müssten über andere Wege abgeholt werden können.

In vielen Gemeinden werden die Einladungen zur Gemeindeversammlung gemäss Gesetz nur im Amtsanzeiger publiziert und kommen so bei vielen jungen Erwachsenen schlicht nicht an. Nebst der offiziellen Publikation wäre es unseres Erachtens sinnvoll weitere Kommunikationskanäle zu prüfen, um insbesondere die jungen Erwachsenen besser anzusprechen und abzuholen (Webseite, Newsletter, E-Mail, SMS, Social Media).



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Staatskanzlei (eng, rol)
Departement für Bildung und Kultur
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat